

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 31 (1952)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Persien zwischen Feudalismus und Terror  
**Autor:** Fischer, Alfred Joachim  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-336643>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 15.03.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## *Persien zwischen Feudalismus und Terror*

Xerxes und die Perser Kriege sind zwei Begriffe aus unserer Schulweisheit. Sie führen zu Vorstellungen eines eroberungslustigen, militanten Volkes von hoher Kultur.

Im heutigen Iran, wie die Perser ihr Land selbst nennen, ist von diesen Eigenschaften nicht viel übriggeblieben. Das Analphabetentum treibt hohe Blüten. Schätzungen der Schreib- und Lesekundigen schwanken zwischen 5 und 20 Prozent. In diesem durch und durch feudalen Lande versuchte Reza Schah Pahlewi, ein ehemaliger Oberst der Kosakenbrigade, die Einführung moderner Reformen. Mustafa Kemal Atatürk war dabei sein Vorbild. Während jedoch die kamalistischen Reformen, wenn auch in teilweise modifizierter Form, Bestand hatten, versagten sie im persischen Nachbarreich vollkommen.

Trotz seiner soldatischen Vergangenheit glückte es dem persischen Schah nicht, eine zeitgemäße Wehrmacht aufzubauen, wie sie Atatürk mit Hilfe des Marschalls Fewzi Cakmak geschaffen hatte. Im Kriege war Persien ein unverteidigtes Land. Reza Schah wurde 1941 von den Alliierten zur Abdankung gezwungen, sein Reich militärisch besetzt. Die Transiranische Eisenbahn spielte dann eine bedeutende Rolle. Vom Persischen Golf bis zum Kaspischen Meer beförderte sie 5,5 Millionen Tonnen oder fast die Hälfte der amerikanischen und kanadischen Waffenhilfe an die Sowjetunion.

Obgleich Persien große Schwierigkeiten hatte, die sowjetische Besatzung im Norden wieder loszuwerden und trotz den warnenden aserbeidschanischen Ereignissen erfolgte keine ernsthafte Aufrüstung. Seit Jahrhunderten verloren die Perser jeden Krieg. Diese Tatsache führte zu einer unmilitanten, ja völlig defaitistischen Stimmung.

Auch die nationale Uneinheitlichkeit des Landes ist dem Wehrgedanken unzutraglich. Perser, Araber, Turkmenen und Kurden bilden ein Gemisch, das niemals zum bewußten Staatsvolk verschmolzen ist. Die Perser beherrschen Regierung und Verwaltung. Bei einer ehrlichen Volkszählung würden sie eine Minderheit und wahrscheinlich nicht einmal die größte nationale Gruppe bilden. Symptomatische Assimilierungserscheinungen verraten keinen gesunden Charakter. So weiß ganz Teheran von bestimmten einflußreichen Persönlichkeiten, daß sie rein türkischer, arabischer oder jüdischer Abstammung sind, während diese Familien zwischen Stolz auf ihre Herkunft und deren Verleugnung je nach Konjunktur hin und her schwanken.

Etwa eine halbe Million Kurden, eine an sich sehr militärisch gesinnte Bevölkerung, hat die Unterwerfung durch Reza Schah niemals vergeben. Da Kurdistan bei den an sich minimalen Sozial- und Gesundheitsdiensten noch

beeinträchtigt wurde, ist hier die Stimmung antipersisch und wenn verteidigungsbereit, dann gegen die Perser.

Schließlich sind 2 Millionen unter den rund 17 Millionen iranischen Staatsbürgern (eine zuverlässige Zählung steht immer noch aus) Nomaden, wären also an sich schwer zu disziplinieren. Die halbautonomen Stämme sind größtenteils nicht loyal, und nur die Schasavan, hervorragende Kämpfer und Reiter, unterstützen die Armee.

Auch darf man die allgemeine Volksstimmung nicht außer acht lassen. Sie ist weit eher antiwestlich als antiöstlich. Ob also eine effektive persische Wehrmacht für die Atlantikpaktgemeinschaft von Vorteil wäre, darüber gehen die Ansichten sehr auseinander.

Diskreditierend für die Armee ist auch, daß sie ständig mitten im politischen Machtkampf steht. Er spielt sich hinter den Kulissen zwischen Hof, Militär und einer Gruppe aus feudalen Großgrundbesitzern und Händlern ab. Terroristische Nebenerscheinungen sind in ihrer Absicht reaktionär, im Effekt oft prokommunistisch.

Als 1950, wohl nicht zuletzt dank damals noch starken westlichen Einflüssen, General Ali Razmarra persischer Ministerpräsident wurde, beraubte man damit den Generalstab der Armee ihres besten Chefs seit langer Zeit. Razmarra hatte der kommunistischen Bewegung in Aserbeidschan ein blutiges und brutales, aber immerhin definitives Ende bereitet. Er war nationalistisch und antikommunistisch, ohne unbedingt sowjetfeindlich zu sein. So schloß Razmarra mit Rußland einen Handelsvertrag ab, der die realistischen Herren des Kremls mit dem Aserbeidschanzwischenfall beinahe wieder ausöhnte.

Trotz solchen, vielleicht auch taktisch bedingten «Entgleisungen» vertraute ihm der Westen auch weiterhin. Zu der ihm vertraglich zugesagten amerikanischen Soforthilfe gehörte eine Schiffsladung von 15 Sherman-Tanks und 18 105-Millimeter-Howitzers.

Noch vor der Realisierung dieses Hilfsplanes wurde Razmarra während einer Totenfeier in einer Teheraner Moschee ermordet. Kein Aserbeidschaner Kommunist hatte das Attentat verübt. Vielmehr fiel der General einer rechtsradikalen Verschwörung zum Opfer. Was hatte ihn in so krassen Gegensatz zu diesen Kreisen gebracht?

Um diese Frage beantworten zu können, muß man zunächst das soziologische Bild Persiens betrachten.

In Teheran, übrigens der einzigen wenigstens teilweise modernen Stadt, gibt es 23 000 Autos bei einer 1 Million Menschen zählenden Bevölkerung. 23 000 Autos — aber nicht ebenso viele individuelle Eigentümer. Viel weniger Familien können sich diesen Luxus leisten. Dafür ist dann aber fast jede so reich, um gleich mehrere Wagen des neuesten Typs zu besitzen. Die Cadillacs und Buicks bahnen sich ihren Weg durch beschäftigungslos herum-

hockende Bettlermassen. Man findet Wohnungen, bei deren Anblick jeder indische Nabob vor Neid erblassen könnte. Auf der andern Seite findet eine Armee der Obdachlosen in noch nicht fertig gebauten Gefängnissen Asyl.

Arbeitsscheu suchen die oberen Zehntausend Möglichkeiten zur weiteren Geld- und Besitzvermehrung ohne Initiative und Risiko. Daher gibt es unter ihnen nur wenig Industrielle, hingegen zahllose Teppich- und Silberexporteure. Eine finanziell gewichtige Schicht bildet der Großgrundbesitz. Persiens Bauern, das heißt etwa 85 Prozent der Bevölkerung, sind — nicht demagogisch übertrieben — buchstäblich seine Sklaven. Zwei Fünftel bis vier Fünftel ihrer kargen Ertragnisse gehen an den Eigentümer des Bodens. Dieses System schaltet moderne Methoden automatisch aus. So sieht man in Aserbeidschan, der landwirtschaftlich fruchtbarsten Provinz, keinen Traktor. Armut macht die nichtpersische Bevölkerung dieser Gegend doppelt bitter. Immer wieder hört man Klagen: «Hier werden wir als Türken verachtet und in der Türkei als Perser.»

Persiens Bauern wohnen zum sehr beträchtlichen Teil in höhlenähnlichen Behausungen, und selbst die Außenbezirke der weißen Hauptstadt Teheran bestehen aus Lehmhütten. Die besitzenden Parasiten aber sind vollkommen verwestlicht. Monatelang leben sie in Paris oder Nizza, studieren an den besten Universitäten Europas, gestatten ihren Frauen jederzeit Freiheit, während die Durchschnittsperserin an strengste, vorsintflutlich anmutende Sittengesetze gebunden ist usw. Längst haben die herrschenden Klassen den Westen angenommen. Sobald aber das persische Volk diesem Beispiel folgen dürfte, wäre es um ihre Machtstellung geschehen. Daher der Kampf gegen die Verwestlichung der Massen.

Folgerscheinungen, wie Korruption des Beamtentums von oben nach unten bis zum letzten Portier eines Ministeriums oder dem Verkehrspolizisten, sind unvermeidbar. Bei hohen Lebenskosten ist das Einkommen der sogenannten Intelligenz lächerlich gering. Dabei bleibt sie kommunistischen Propagandaparolen durchaus zugänglich. (Tudeh, die von Moskau dirigierte radikale Linkspartei, wurde offiziell verboten, hält aber unter den Augen der bestochenen Polizei öffentliche Versammlungen ab.) In einem Lande mit himmelschreienden sozialen Verhältnissen kann der Kommunismus, ökonomisch betrachtet, nicht schrecken. Für den europäischen Bauern sind Kolchosen Angstträume. Dem persischen könnte es unter keiner Wirtschaftsform schlechter gehen, als es ihm jetzt geht.

Im Vordergrund des Spiels um wirtschaftliche Vormacht stand die *Anglo-Iranian Oil Company*. Nichts liegt mir ferner, als sie in idealen Farben zeichnen zu wollen. Sicherlich stimmt es, daß persische Initiative und technische Fähigkeit niemals dazu ausgereicht hätten, überhaupt eine Petroleumgewinnung zu erreichen, geschweige denn eine Jahresproduktion von annähernd 30 Millionen Tonnen.

Dennoch hätte dieses britische Unternehmen, dessen Aktien sich zu 53 Prozent in den Händen der englischen Regierung befanden, die Notlage der Teheraner Regierung nicht ausnützen und Tantiemen bezahlen dürfen, die meilenweit hinter denen Amerikas an Saudi-Arabien zurückstanden. Genau so falsch war es, daß die Engländer Abadan zu einem beinahe exterritorialen Gebiet machten, ein Zustand, der das Nationalgefühl wohl fast jedes Volkes verletzt hätte. Sie selbst verharrten gesellschaftlich in *golden isolation*. Abadan sicherte den Engländern großen innerpolitischen Einfluß, den sie aber leider für reaktionäre Gruppen ausnützten. Noch vor kurzer Zeit soll es unmöglich gewesen sein, ohne britische Zustimmung einen persischen Gouverneur für die Südprovinzen zu ernennen. Schließlich war es ein taktischer Fehler, fast alle leitenden Positionen in Abadan mit Engländern, Indern, Pakistanern und Australiern zu besetzen und Schulungsmöglichkeiten für Perser auf das äußerste zu beschränken.

Aus Gründen der historischen Gerechtigkeit verdienen all diese praktischen und psychologischen Mängel Erwähnung. Sie waren aber kaum ein Hauptgrund für den Kampf und die Unnachgiebigkeit interessierter Cliques gegen die Anglo-Iranian. Im Gegenteil: nicht die negativen, sondern gerade die positiven Seiten betrachteten sie als eine Gefahr für sich selbst. Abadan besaß als einzige persische Stadt gesundes Trinkwasser und Kanalisation. Wie lange würde sich da Teheran gegen die Forderung wehren können, auf Kosten der Reichen ähnliche lebenswichtige Einrichtungen und eine wirksame Typhusbekämpfung zu schaffen? Daß eine Flasche Mineralwasser nach amerikanischem Gelde 30 Cents kostete, störte sie nicht weiter, war aber selbst für relativ gut verdienende Schichten ein unerschwinglicher Preis, wie grundsätzlich die Lebenskosten in keinem Verhältnis sogar zum regulären Gehalt mittlerer und höherer Beamter stehen. Deshalb der materielle Zwang zur Korruption.

Abadan bot seinen Arbeitern in etwas patriarchalischer Weise alles, was zu des Leibes und Geistes Notdurft gehört: von eigenen Lebensmittelgeschäften, Erholung und Unterhaltung bis zu Schulen und Erwachsenenenerziehung. Nicht einmal das Beerdigungswesen war vergessen. Mit einer allzu raschen Ausdehnung konnte der Bau von Arbeiterwohnungen unmöglich Schritt halten. So mußten viele Familien mit Höhlen und anderen Elendsquartieren vorliebnehmen. Immerhin brachte jedes Jahr 2000 neue, hygienisch eingerichtete und für persische Verhältnisse nicht nur hochkomfortable, sondern luxuriöse Arbeiterhäuser. Für dieses Programm, das ausschließlich Persern zugutekam, hatte die Anglo-Iranian während der letzten fünf Jahre ihres Wirkens nicht weniger als 11 Millionen Pfund Sterling ausgegeben.

Während die gesetzlich garantierten festen Tarife sonst in Persien nur auf dem Papier stehen — auch die Gewerkschaftsbewegung ist etwas rein Theoretisches —, wurden die persischen Angestellten und Arbeiter von Abadan nach

europäischen Maßstäben entlohnt. Merkwürdigerweise aber herrschte hier, wie eine Kommission des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) ausdrücklich feststellte, größere Unzufriedenheit als im übrigen Persien. Der unvergleichlich höhere Lebensstandard hatte einen neuen und revolutionären Geist mit sich gebracht. Niemand blickte unter, aber jeder über sich und war von Neid gegen die nicht normal, sondern überbezahlten Engländer erfüllt.

Mochte sich diese Tendenz im Augenblick auch nur gegen die Anglo-Iranian richten, die persischen «Bourbonen» — früher saugte ein Schah das Land aus, jetzt waren es mehrere hundert Familien — fürchteten sich vor einer Verbreitung des «sozialen Bazillus». Wie leicht könnten sich beispielsweise eines Tages auch die Textilarbeiter der Fabrik von Isfahan erdreisten, menschenwürdige Wohnungen und eine angemessene Bezahlung zu verlangen, während sich ihr Lebensstandard bisher nur ganz geringfügig von dem der Landpächter unterschied. Hinter allem aber stand das Schreckgespenst der Bauernrevolte.

Nominelle demokratische Rechte schreckten die besitzende Schicht nicht. So unterstützten nur wenige den Vorschlag, das Wahlrecht auf lese- und schreibkundige Männer zu beschränken. Dabei wären die «Intelligentsia» und der linksradikale Stimmenfang gut weggekommen. Viel günstigere Resultate ließen sich schon nach dem Vorbild Englands im 18. Jahrhundert erzielen. Die abhängigen Bauern wurden einfach massenweise verladen und zur Urne geschleppt. Gefälligerweise war man sogar bereit, den Analphabeten die Hand richtig zu führen. Nein, der Feind hieß nicht parlamentarische — sowieso nirgends verstandene — Demokratie, vielmehr soziale.

Unter Qavam-es-Sultaneh hatte die Mejliß (Parlament) abgelehnt, ein russisch-iranisches Ölabbkommen zu ratifizieren. Merkwürdigerweise war die sowjetische Reaktion unerwartet mild. Wohl damals schon beabsichtigte Moskau, nationalistische Strömungen für den Kommunismus aufzufangen. Nach diesem Präzedenzfall wurden auch Erweiterungen der Konzessionen an den Westen trotz finanziell lockenden Angeboten zurückgewiesen.

Der Nationalisierung von Anglo-Iranian sind Ereignisse vorausgegangen, die einen von der internationalen Öffentlichkeit viel zu wenig beachteten Hintergrund bildeten. General Razmarra hatte eine amerikanische Expertenfirma «*Overseas Consultants Inc.*» beauftragt, einen umfassenden Reformplan nach westlichem Vorbild auszuarbeiten. Er erstreckte sich auf ein Investitionsschema für industrielle und landwirtschaftliche Fortentwicklung, öffentliche Arbeiten (Irrigation und Wasserkraft), modernisierten Transport, Begründung von Gesundheitszentren, Bekämpfung der Malaria, Einführung technischer Schulen usw. Auch war eine allgemeine Reform des Budgets vorgesehen, die die Korruption erschwert hätte. Zur Finanzierung dieses großzügigen Projektes wollte Amerika u. a. mit einer 25-Millionen-Dollar-Anleihe der Export-Import-Bank beitragen sowie die Anglo-Iranian teils durch Erhöhung

der jährlichen Tantiemen (27 Millionen Pfund statt der bisherigen 17) und teils durch einen einmaligen Zuschuß (26 Millionen Pfund).

Waren die finanziellen Machthaber schon jeder Reform an sich abhold, so erst recht diesem neuen Schema. Seine Realisierung hätte nämlich auch sie selbst empfindlich betroffen. Zum erstenmal sollte die besitzende Schicht direkte Steuern zahlen, denen sie bisher immer geschickt ausgewichen war.

Im Gegensatz zu seinem Vater hat der junge Schah Mohammed alles andere als diktatorische Allüren. Offen begünstigte er die reformatorischen Ideen. Jedoch ist seine Autorität durch die geringen Traditionen der ja erst ein Vierteljahrhundert alten Dynastie beschränkt. Um mit gutem Beispiel voranzugehen, schenkte er seine riesigen Privatwaldungen in den Kaspischen Provinzen dem Staat. Gleichzeitig wurde ein beträchtlicher Teil seiner Güter an die Bauern zu günstigen Bedingungen abgegeben. Dieser freiwillige Beginn der Landreform war den Großgrundbesitzern ein Dorn im Auge.

Um die Reformen zu verhindern, war zunächst ein offener Kampf gegen die Anglo-Iranian notwendig. Als Verbündeten brauchte man die Straße. Ihr wurde der Begriff «Nationalisierung» schmackhaft gemacht, als handle es sich dabei um größeren Reichtum für alle. Man wandte sich nicht direkt an kommunistische Elemente, sondern an rechtsradikale, die hier mit religiös-fanat�ischen identisch sind. Unter den gegebenen sozialen Verhältnissen liegt es aber auf der Hand, daß geschürte Unzufriedenheit, aufgestachelter Fremdenhaß und Chaos sich zugunsten der Kommunisten auswirken müssen.

Schon zuvor war ein vernünftiger Dezentralisierungsplan abgelehnt worden, der keinen andern Fehler hatte, als daß er von westlichen Beratern stammte. Wieviel eher konnte man das große Razmarra-Projekt als teuflische, ausländische Erfindung zu Fall bringen!

Vom Schah gedeckt, wollte der General an seinem Schema festhalten. Als Realist bekämpfte er die Idee einer Nationalisierung der Anglo-Iranian sowie einer Ausschaltung des englischen Personals. Razmarra machte sich über die geringe Initiative seines eigenen Volkes keine Illusionen, schließen doch Teheraner Büros selbst im Winter um ein Uhr und beschränken sich höhere Beamte und Angestellte auf ein- bis zweistündige Dienstzeit täglich. Laut Gutachten persischer Abadan-Ingenieure wußte er, daß zur Weiterführung 5000 gelernte Techniker notwendig wären, von denen Persien nur einen winzigen Bruchteil besaß.

Bevor der Ministerpräsident jedoch diese Tatsache dem Parlament unterbreiten konnte, wurde er ermordet. Der Attentäter war ein religiöser Fanatiker. Seither begann die Herrschaft des Terrors. Alle Reformen fielen. Der Nationalisierung von Anglo-Iranian stimmten auch jene Abgeordneten zu, die sie im privaten Gespräch als Katastrophe bezeichneten. Niemand wagte es, den Märtyrer zu spielen. Jene berüchtigte Fidei-Islam, deren Führer Kaschani

nichts mehr haßt als Kompromisse, hält jedermann mit Drohbriefen in Schach.

Diese Feststellung gilt bis hinauf zum Ministerpräsidenten. Der betagte und hochgebildete *Mohammed Mossadegh*, dessen einziges Verdienst es war, ein Opponent Reza Schahs gewesen zu sein, avancierte vom Führer einer parlamentarischen Sieben-Mann-Gruppe direkt zum Ministerpräsidenten. Er ist ein eingeschworener Fremdenfeind nach allen Seiten hin. Vermutlich hätte aber sogar Mossadegh das britische «50:50»-Angebot akzeptiert, um eine Quelle nicht zuzuschütten, die schon vorher 50 Prozent des Staatseinkommens deckte. Aus Angst vor der Straße — sie lehnt ihn einmal ab und trägt ihn dann wieder auf den Schultern — mußte er jedoch beim konsequenten Nein bleiben. Sein Schicksal ist es, sich heute ins Parlament zu flüchten, um vor Attentätern sicher zu sein, und es morgen nicht zu betreten, um wiederum vor Attentätern sicher zu sein! Dieser Regierungschef eines bettelarmen Volkes wehrt sich mit aller Kraft gegen amerikanische Hilfe. 1951 nahm er von der «Punkt-Vier-Hilfe» nur 1 460 000 Dollar an, um diesmal nach einmonatigem gütlichem Zureden 23 450 000 Dollar huldvoll zu akzeptieren. Ohne ein Prophet zu sein, kann man voraussagen, daß diese Beträge den vorgesehenen Zwecken kaum dienen werden.

Inzwischen wirft man weitere Knochen der Menge hin, die etwa die Schließung britischer Konsulate und auch das formelle Ende der Freundschaft mit England enthusiastisch mit Siegesfeiern begrüßte. Darüber vergißt sie, daß die seit Ausweisung der Engländer stillgelegten Ölquellen immer noch nicht wieder fließen und alle anderen Bodenschätze dieses von Natur aus reichen Landes unausgewertet bleiben. Fremdenhaß bis zum äußersten Extrem ist eben notwendig, um ein an sich nicht unintelligentes Volk ständig von den eigenen katastrophalen Nöten abzulenken.

Wenn der aus solchen Stimmungen geborene und von unverantwortlichen Elementen geschürte Terror dominiert und keine Staatsautorität gegen ihn aufkommt, so rächt sich eben die generationenlange interventionistische Politik der Großmächte. Persiens Souveränität stand nur auf dem Papier. Daher fehlt es der Regierung an selbständiger Praxis vor allem in der Bekämpfung explosiver Entwicklungen. Unaufhaltsam aber wächst in Persien der Kommunismus.

## *Hinweise auf Zeitschriften*

### *Chinas neue Phase*

Zwei Probleme Chinas interessieren die wissenschaftlichen und politischen Analysen der Zeitschriftenpresse vor allem: das Verhältnis Maos zur bolschewistischen Doktrin und die neue Phase der Revolution, die uns mit einem massiven, vielleicht präventiven Terror auf unbekannte Ereignisse vorzubereiten scheint.